

Düsterer Blick der Familienunternehmer auf 2023: Bürokratie jetzt Sorge Nummer eins

- Deutliche Eintrübung, aber kein Stillstand
- Stärkere Expansion des Geschäfts im Ausland
- Größte Sorgen durch verkrustete Strukturen begründet

Berlin, 27.12. 2022. Die Familienunternehmer blicken pessimistischer auf das neue Jahr als am Ende der Pandemiejahre 2020 und 2021. Mit einem Wachstum ihres operativen Geschäfts rechnen für 2023 nur noch 40 Prozent (2020: 46; 2021: 56 Prozent). Einen Rückgang hingegen erwarten 30 Prozent (2021:12 Prozent). International tätige Familienunternehmen bleiben zwar ihren Regionen treu, sie planen aber sowohl Geschäftstätigkeit als auch Investitionen im Ausland stärker zu erhöhen als in Deutschland. (Es gibt noch keine Vergleichszahlen, da Frage neu aufgenommen wurde.) Das ergibt eine Umfrage unter 1.136 Mitgliedern der Verbände DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER.

Direkt auf Platz Eins als größte Sorge der Unternehmer landet in diesem Jahr ein Newcomer in der Umfrage: "Bürokratie durch Berichtspflichten" (79 Prozent). Der Fachkräftemangel (mit 67 Prozent im Vorjahr Sorge Nr. 1) hat an Brisanz nicht verloren, wird aber mit fast demselben Wert (68 Prozent) von noch virulenteren Sorgen auf Platz 7 verdrängt. Deutlich mehr Sorgen als im Vorjahr bereiten den Unternehmern die Gefahr von Steuererhöhungen (68 Prozent), Energiekosten (69 Prozent), Inflation (mit 71 Prozent auf Platz 4), Anstieg der Sozialabgaben (73 Prozent) sowie die weitere Verkrustung des Arbeitsrechts (mit 75 Prozent nun Topsorge Nr. 2). Im Vorjahr sorgte diese erst 63 Prozent der Unternehmer in großem Maße. Dennoch schlagen diese Eintrübungen noch nicht auf den Arbeitsmarkt durch: Die erwartete Entwicklung der Arbeitsplätze bleibt in 2023 konstant, die Ausbildung wird weiter hochgehalten. 15 Prozent der Unternehmer (Vorjahr 8 Prozent) planen allerdings, in ihren Betrieben die Zahl der Arbeitsplätze zu verringern.

Reinhold von Eben-Worlée, Präsident des Verbands DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

"Die Stimmung im Mittelstand ist gedrückt. Diese Eintrübungen aber sind nicht allein den Krisen infolge Putins Kriegstreiberschaft geschuldet. Der Sorgenkatalog weist deutlich darauf hin, dass unsere verantwortlichen Politiker und die Verwaltung auf allen Ebenen die Krisen nicht gut genug managen. Wenn Unternehmern als Topsorgen - noch vor Inflation und Energiepreisanstieg - die Verkrustung des Arbeitsrechts und die enorme Bürokratie durch Berichtspflichten auf der Seele brennen, offenbart dies: Deutschland hat sich in Bürokratie und starren Strukturen verheddert und selbst gefesselt. Wenn unsere Politik den Staat noch nicht einmal in



einer Krise auf Effizienz trimmen kann, dann ist das psychologische Signal an die Wirtschaft verheerend. Wer den Unternehmen im Kampf gegen Energiepreise und Lieferkettenprobleme immer neue Berichtspflichten aufbürdet, wie z.B. mit dem Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz, der darf sich nicht wundern, wenn die Wirtschaft immer stärker die hiesigen Standortnachteile sieht. Der Wirtschaft fehlt eindeutig das dynamische Umfeld, das sie vor allem in Krisen braucht, um aus eigener Stärke ohne staatliche Kollateralschäden und Reibungsverluste schnellstmöglich Anpassungen vorzunehmen. Die Regierung hat zwar viele Problempunkte erkannt. Kanzler Scholz und sein Kabinett müssen 2023 aber endlich dafür sorgen, dass aus der mühsamen Zeitenwende eine Aufbruchstimmung wird."

Sarna Röser, Bundesvorsitzende des Verbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER:

"Deutschlands Unternehmen ertrinken im Bürokratiesumpf. Die uferlose staatliche Subventionierung zur Abmilderung der Energiepreisexplosionen haben das Ganze jetzt auf die Spitze getrieben.

Was für ein Bild von sich sendet Deutschland an Investoren und Fachkräfte ins Ausland, wenn unsere Unternehmer lieber auf finanzielle Hilfen vom Staat verzichten, als bei einem Verstoß gegen die Dokumentationspflichten quasi Haus und Hof zu riskieren. Die wenigsten jungen Unternehmer können es sich leisten, für jeden Antrag gleich einen Juristen zu engagieren. Immer neue bürokratische Auflagen – auch im Bereich ökologischer und sozialer Unternehmensführung – verhindern hierzulande schon jegliche Transformation, bevor sie überhaupt begonnen hat. Dies ist besonders ärgerlich, wenn Auflagen – wie das deutsche Lieferkettengesetz oder die neue Pflicht zur Arbeitszeiterfassung – nicht einmal der Zielerreichung dienen. Man kann im Klein-Klein das Große und Ganze komplett verfehlen. Dass es auch anders geht, zeigt das in Rekordzeit geplante und fertiggestellte LNG-Terminal. Diese Geschwindigkeit in der Umsetzung sollte 2023 als Maßstab für alle anderen Projekte gelten."

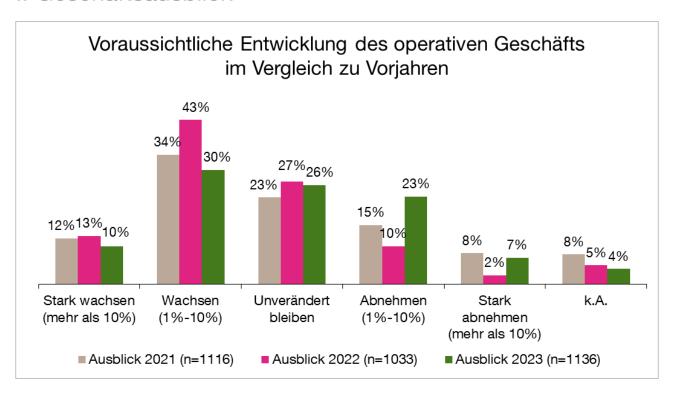
An der Umfrage nahmen 1136 Mitglieder von DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER teil.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER folgen als die politische Interessenvertretung für mehr als 180.000 Familienunternehmen den Werten Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung. Die Familienunternehmer in Deutschland beschäftigen in allen Branchen rund 8 Millionen Mitarbeiter und erwirtschaften jährlich einen Umsatz in Höhe von 1.700 Milliarden Euro.

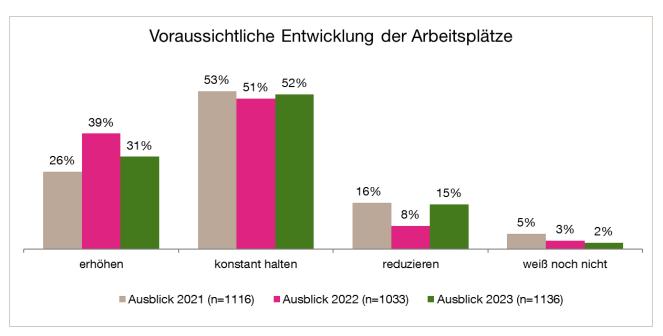
DIE JUNGEN UNTERNEHMER sind das Forum für junge Familien- und Eigentümerunternehmer bis 40 Jahre. Unter dem Motto Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung bezieht der Verband klar Stellung für eine wettbewerbsorientierte und Soziale Marktwirtschaft sowie gegen überflüssige Staatseingriffe. Die Verbandsmitglieder sind Inhaber oder Gesellschafter eines Unternehmens.



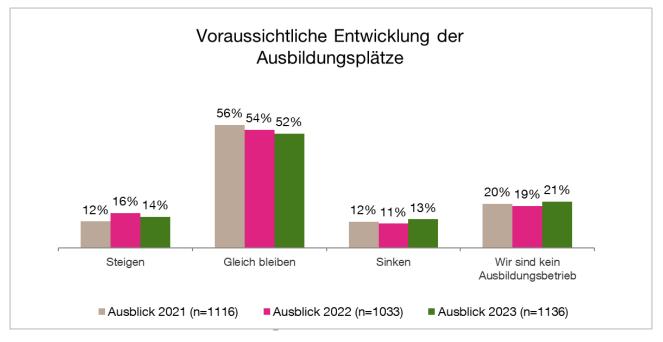
I. Geschäftsausblick

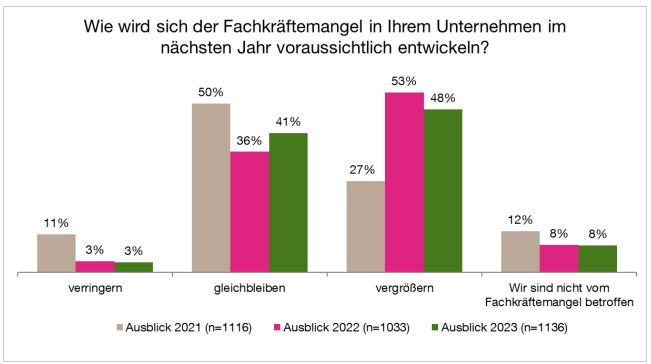


II. Arbeits- und Ausbildungsplätze



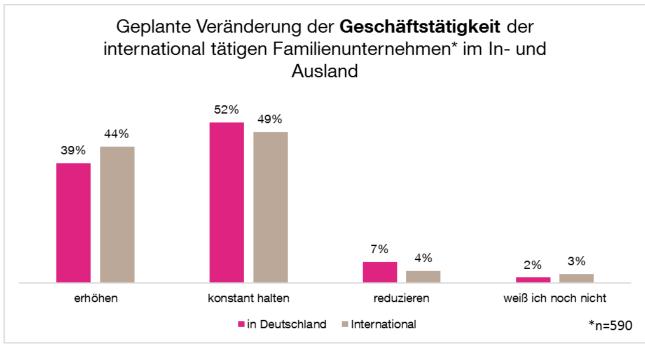


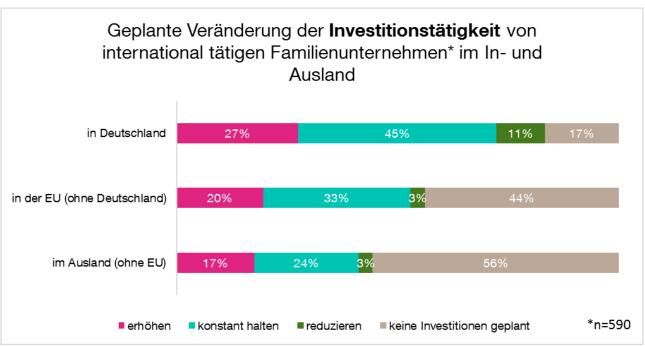






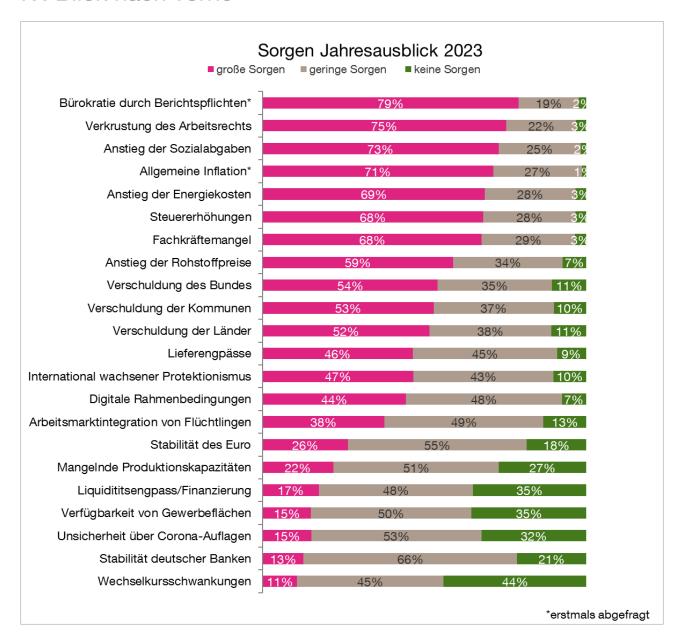
III. Internationales Geschäft





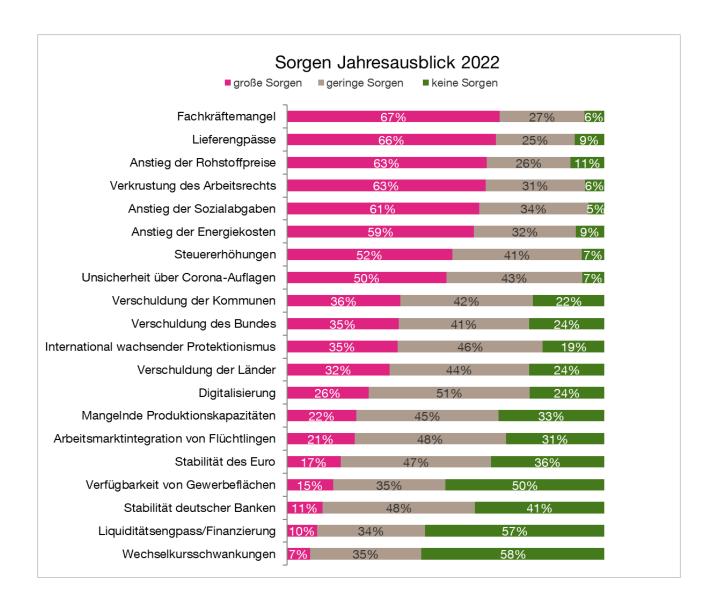


IV. Blick nach vorne





DIE JUNGEN UNTERNEHMER





DIE JUNGEN UNTERNEHMER

